

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl, Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 22

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

Halver

Dienstag, den 27. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, - Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Deutschlands Antwort auf die letzten französischen Vorschläge zu den Wirtschaftsverhandlungen wurde in Paris übergeben.

* Die Wahl des Nachfolgers für den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Braun soll im Preussischen Landtage am 30. Januar geschehen.

* Der frühere sozialdemokratische Minister Herrmann wurde in der zweiten Instanz von der Anklage, staatliche Aktienfälsche vordatiert zu haben, freigesprochen.

* Der Witwe des früheren Reichsministers Heijerich, der bei dem Eisenbahnunglück von Vellinzona zu Tode kam, wurde durch die Schweiz eine Entschädigung von 300 000 Schweizer Frank zugesprochen.

* In Chile wurde durch eine Militärrevolte die bisherige Regierung gestürzt und der Ministerpräsident verhaftet.

Der Kampf in Preußen.

Zu der in Preußen durch den Rücktritt des Kabinetts Braun alsbald nach der Abstimmung im Landtag entstandenen Regierungskrise wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Nun ist auch in Preußen die Regierungskrise eingetreten, die im Reich erst vor einigen Tagen überwunden wurde und dort Monate gedauert hat. Es kann sein, daß die preussische Regierungskrise noch schwerer zu lösen ist als die im Reich. Der Angelpunkt, um den herum sich die Krise dreht, ist im Reich das Zentrum gewesen, ohne dessen Unterstützung eine parlamentarische Mehrheit für das Kabinett Luther nicht herzustellen war. Genau so liegt es in Preußen. Das beweist die Abstimmung im Landtag; denn mit einer Mehrheit von ein oder zwei Stimmen läßt sich nicht regieren. Zum andern beweisen diese Abstimmungen aber auch, daß die Weimarer Koalition auch tatsächlich nicht mehr die Mehrheit hat; denn bei fast allen Anträgen blieben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in der Minderheit. Es nützt ja nichts, wenn schließlich auch bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten sich eine Mehrheit von diesen drei Parteien für die Wiederwahl Brauns, des bisherigen Ministerpräsidenten, ergeben würde, weil die Kommunisten wohl kaum einen Kandidaten der Rechten unterstützen würden — aber der neue Ministerpräsident müßte regieren. Und das kann er nur mit einer parlamentarischen Mehrheit, die ihm aber, wie gesagt, von diesen drei Parteien nicht gestellt werden kann, so daß er jeden Augenblick durch eine Mehrheitsbildung im Parlament gestürzt werden kann.

Also bleibt beim Zentrum die Entscheidung, ob die Ministerkrise in Preußen überhaupt lösbar erscheint. Ob es sich ebenso entschliefen kann, etwa einem völksparteilichen Ministerpräsidenten seine Unterstützung zu geben, weil es das im Reich tut. Ein solches Kabinett hätte die Mehrheit, weil auch die Wirtschaftspartei damit einverstanden wäre. Freilich könnte man einem solchen Kabinett keinesfalls den Namen eines überparteilichen Kabinetts geben, weil schließlich Kardorff, den man nennt, zwar nicht Mitglied des Landtages, wohl aber des Reichstages, jedoch „Nur-Parlamentarier“ ist.

Aber man kann vielleicht an einen anderen Mann denken, dessen Name ein überparteiliches Programm bedeutet. Das ist Adam Stegerwald, der erste Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften. Schon einmal war er preussischer Ministerpräsident, als 1921 Neuwahlen zum Landtag die Verhältnisse änderten. Damals bildete er ein Kabinett von der Volkspartei bis zu den Demokraten, das die wohlwollende Unterstützung der Deutschnationalen hatte. Damals erscholl sein Wort, das wie eine helle Farnfare durch den Lärm des Parteigezänks hindurchklang: „Ich bin erst Deutscher und dann Parteimann; ich bin erst Deutscher und dann Arbeiter.“ Das war damals wie ein frischer Lufthauch in der stickigen Atmosphäre des gegenseitigen Hasses. Seit seiner Novemberrede in Essen 1920 hat er an seinem Gedanken des christlich-sozialen und nationalen Staates der deutschen Volksgemeinschaft festgehalten und immer wieder dafür zu werben gesucht.

Freilich bedeutet sein Name ein Kampfsprogramm auch gegen die Sozialdemokratie und man muß sich ohne weiteres darüber klar sein, daß die Aufgabe des Bündnisses dieser Partei für das Zentrum, das mit ihr über drei Jahre gearbeitet hat, doch wohl nicht ganz leicht sein wird. Aber was bleibt schließlich übrig? Will man nicht zu irgendwelchen außerparlamentarischen Mitteln greifen — so ist, wie die Mehrheitsverhältnisse im Landtag nun einmal liegen, dort nur eine gleiche Entwicklung möglich wie im Reich.

Das schlimmste wäre ein Gegeneinander. Selbst wenn in irgendeiner Form in Preußen ein Kabinett der Weimarer Koalition, also ein ausgesprochenes Linkskabinett zu regieren versuchte, so stände es damit im stärksten Gegensatz zum Reichskabinett. In einem noch viel stärkeren, als beispielsweise das Kabinett Cuno damals im Jahre 1923 zur preussischen Regierung gestanden hat, die sich doch damals auch noch auf die Deutsche Volkspartei stützte.

Zweifelloso wird der Kampf um Preußen noch viel bitterer werden wie der um das Reich. Mit Ausnahme einiger Monate hat seit dem November 1918 dort die Sozialdemokratie die maßgebenden Ministerien besetzt; dadurch sind Gegensätze entstanden, die viel tiefer und schroffer sind als im Reich. Darum wird man wohl auch mit einer längeren Ministerkrise in Preußen rechnen.

Um den Nachfolger Brauns.

Wahl des preussischen Ministerpräsidenten 30. Januar.

n. Berlin, 24. Januar.

Der Ältestenausschuß des Preussischen Landtages beschloß, die nächste Plenarsitzung des Landtags auf Freitag, den 30. Januar nachmittags 2 Uhr einzuberufen. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten.

Damit wird die Lösung der in Preußen ausgebrochenen Regierungskrise in verhältnismäßig kurzer Zeit in Aussicht gestellt. Ob sie gleich an dem genannten Tage allerdings gelingen wird, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Der Rücktritt des Kabinetts Braun erfolgte alsbald nach dem Freitag im Landtage stattgefundenen Abstimmungen durch ein Schreiben Brauns an den Landtagspräsidenten Bartels, in dem es hieß, wenn auch das Ergebnis der Abstimmungen das Kabinett verfassungsmäßig nicht zwang, zurückzutreten, habe es gleichwohl den Rücktritt beschlossen, da die Haltung der Parteien ein ersprießliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleisten könnte. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten führt das Kabinett die Geschäfte weiter.

Abstimmungszweifel.

Die im Preussischen Landtag entstandenen geschäftssordnungsähnlichen Zweifel über die Auslegung der Stimmeregeln in der Abstimmungssitzung sollen vom Geschäftsausschuß nachgeprüft werden. Die acht Abgeordneten, die im Landtag bei der Abstimmung fehlten, waren folgende: vom Zentrum Dr. Eismann, Köthenbürger, Klug, von den Kommunisten Menzel, Eppstein, Gladung, von der Deutschen Volkspartei Jöns und von den Deutschnationalen Dr. Regenborn. Bei der Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag enthielten sich die Zentrumsabgeordneten v. Papen, Roeingh und Loenarz der Stimme.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vorläufig keine vierteljährliche Gehaltszahlung.

Die von mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Reichsregierung sich zur Wiedereinführung der vierteljährlichen Gehaltszahlung entschlossen habe, ist unzutreffend, zum mindesten verfrüht. Den Beamten Spitzenorganisationen, die im Reichsfinanzministerium in der Angelegenheit vorstellig geworden sind, wurde lediglich mitgeteilt, daß diese Frage nach ihrer technischen und wirtschaftlichen Seite geprüft werde. Eine endgültige Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums liegt noch nicht vor. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt.

Eine „Deutsche Reichspartei“ gefordert.

In Marienburg wurde während der von den Vaterländischen Verbänden veranstalteten Reichsgründungsfeier folgende Entschließung gefaßt und telegraphisch an die Reichstags- und Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei Großdeutschlands abgefaßt: „Tausend deutsche Männer in Marienburg, zur Reichsgründungsfeier versammelt, fordern einstimmig Verschmelzung der rechtsstehenden Parteien zu einer einheitlichen, machtvollen Deutschen Reichspartei. Nur Einigkeit kann Deutschland retten.“

Der frühere Minister Herrmann freigesprochen.

Der frühere thüringische Minister Herrmann war bekanntlich wegen falscher Datierung amtlicher Urkunden zu einer größeren Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil war sowohl von der Staatsanwaltschaft wie auch von dem verurteilten Minister und den Mitangeklagten Berufung eingelegt worden. Die Berufungsinstanz in Weimar hat jetzt den Minister und drei andere Angeklagte freigesprochen, während der fünfte Angeklagte, Alffers Kunze, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Anklageerhebung, die die Angeklagten als unter politischen Gesichtspunkten erfolgt bezeichnet hatten, nicht zu Propaganda- oder Wahlzwecken diente.

Ein völkischer Universitätsprofessor suspendiert.

Der Prorektor der Universität Greifswald Professor Vahlen, bisher völkischer Reichstagsabgeordneter, ist vom Amte suspendiert worden. Als Grund dafür wird angegeben, daß er am Verfassungstag die Fahne auf der Universität eigenhändig niedergebott und in einer öffentlichen Versammlung den Reichspräsidenten und die republikanischen Professoren der Universität beleidigt habe. Gegen Vahlen ist das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Leinert behält seine Hannoverische Pension.

Der Magistrat der Stadt Hannover hat sich mit einem Antrage des Verbandes der Bürgervereine bezüglich der Gewährung von Ruhegehalt an den früheren Oberbürgermeister Leinert beschäftigt. Dabei wurde festge-

Zentrumsbesprechungen.

Im Reichstage trat der Reichsparteivorstand des Zentrums mit den Vorsitzenden der Landes- und Provinzorganisationen des Zentrums zu einer Beratung zusammen, in der es sich um eine Besprechung der gesamtpolitischen Lage im Reich und in Preußen und u. a. auch um die Besprechung der verschiedenen persönlichen Angelegenheiten handelte, die im Zusammenhang mit einigen Mitgliedern des Zentrums in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel erörtert wurden. Die Sitzung war vertraulich.

Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun besteht in Preußen seit dem 5. November 1921. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten erhielt damals der Sozialdemokrat Braun 197 Stimmen. Ein Teil der Volkspartei hatte weiße Stimmzettel abgegeben. Dem Ministerium Braun war in dem im Februar 1921 gewählten Preussischen Landtag das Ministerium Stegerwald vorangegangen. Braun war bereits seit dem 30. März 1920 nach dem Kapp-Putsch preussischer Ministerpräsident. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom Februar 1921, die den Parteien der Weimarer Koalition nur noch eine knappe Mehrheit gaben, erklärten Demokraten und Zentrum, eine neue Regierung nur mit Einschluß der Volkspartei bilden zu können. Infolgedessen wurde der Zentrumsabgeordnete Stegerwald am 9. April mit 352 gegen 56 Stimmen gewählt. Stegerwald trat zurück, als es ihm nicht gelang, eine nach seiner Ansicht genügende Mehrheit für sich zu bilden, wurde aber am 21. April wiedergewählt. Doch trat sein Kabinett am 1. November 1921 zurück und ihm folgte dann das Ministerium Braun als Kabinett der Großen Koalition. In dieser Zusammenfassung mit den Ministern Severing (Inneres), Eising (Handel), Dr. Wendorf (Landwirtschaft), Am Zehnhoff (Justiz), Hertfelder (Wohlfahrt), v. Richter (Finanzen) und Voelck (Unterricht) blieb es bis zu den Wahlen am 7. Dezember zusammen. Kurz vor dem Zusammentritt des neugewählten Landtags legten die beiden völksparteilichen Minister Richter und Voelck ihre Ämter nieder und der Ministerpräsident Braun übernahm provisorisch die freigewordenen Ministerien für Finanzen und Unterricht. Das Land Preußen hat verhältnismäßig nur selten einen Regierungswechsel gehabt, im ganzen vier Ministerien nach der Revolution: Ministerium Hirsch vom November 1918 bis Ende 1920, Braun März 1920 bis April 1921, Stegerwald April 1921 bis November 1921 und wieder Braun November 1921 bis 23. Januar 1925.

neut, daß die der Berechnung zugrunde liegenden Beschlüsse der städtischen Körperschaften ordnungsgemäß zustande gekommen sind und daß deshalb kein Anlaß vorliegt, Leinert das Ruhegehalt zu kürzen oder, wie der Verband der Bürgervereine es gefordert hatte, ganz einzubehalten.

Frankreich.

X. Herriot und der Vatikan. In der französischen Kammer nahm Ministerpräsident Herriot das Wort zu einer ausführlichen Darlegung seines Standpunktes in der Frage der diplomatischen Vertretung beim Vatikan. Er bezeichnete die Aufrechterhaltung dieser Vertretung als praktisch völlig wertlos und richtete scharfe Angriffe gegen das Papsttum unter gleichzeitiger Betonung seiner Achtung vor der Religion, die aus der Debatte überhaupt ausscheidet. Der Papst, sagte er, sei nach wie vor unverföhnlich und feinde bündig die Laiengefesse, an denen Frankreich festhalten müsse, an. Der Vatikan habe auch trotz seiner Versprechungen nichts getan, um dem Versailler Vertrag Achtung zu verschaffen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Ministerialdirektor Wallroth vom Auswärtigen Amte sprach dem russischen Botschafter Krezinski das Bedauern der Reichsregierung über das Herabreißen einer Sowjetfahne in Königsberg aus. Nachforschung nach den Tätern ist eingeleitet.

München. Das bayerische Konordat wurde heute vormittag ratifiziert.

Paris. Die französische Regierung hat beschlossen, die Republik von Albanien anzuerkennen.

Paris. „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Botschafterkonferenz auf die deutsche Note hinsichtlich der Nichträumung der Röhner Zone antworten werde, es sei ihr unmöglich dem deutschen Standpunkt zuzustimmen.

Kopenhagen. Der dänische Außenminister hat gleich nach Erscheinen deutschfeindlicher Artikel in der „Landmands Tidende“ dem deutschen Gesandten sein Bedauern ausgedrückt.

Stockholm. Ministerpräsident Branting hat den Vorsitz im Kabinett abgegeben, bleibt aber Mitglied der Regierung. Minister Sandler wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Newyork. In Chile ist durch eine erfolgreiche Revolution jüngerer Offiziere die Regierung gestürzt worden. Der Ministerpräsident Altamirano wurde verhaftet.

Deutschlands Antwort an Frankreich.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Aber den Inhalt der am 23. Januar überreichten deutschen Antwort auf die französischen Vorschläge in der Frage der Wirtschaftsverhandlungen verlaßt folgendes: Die französischen Vorschläge sehen ein Übergangsregime bis zum 1. Dezember 1925 und von da ab die Unterzeichnung eines Handelsvertrages vor. Die deutsche Delegation hat nun um genaue Mitteilung der Tariffälle für das endgültige Wirtschaftsregime ersucht, wobei sie betonte, daß die während der Übergangsperiode geplanten Zölle, die nur soweit interessiert, als völlige Klarheit über die Bestimmungen des endgültigen Handelsabkommens geschaffen werde.

Der Reichskanzler an die Presse.

Berlin, 25. Januar.

Die Vertreter der Presse waren gestern Abend zu einem Bierabend in die Reichskanzlei eingeladen worden. An der Spitze der neuen Reichsregierung erschien dazu Reichskanzler Dr. Luther. Er hielt eine bemerkenswerte Rede über das Verhältnis der Presse zur Regierung.

Zu großen politischen Körper der Demokratie, sagte der Kanzler, bestehe die Tatsache, daß die Beziehungen des einzelnen zu den großen Dingen des Staates indirekt seien. Wir müssen, um in unseren Verhältnissen zu gefunden, dahin kommen, das Verhältnis des einzelnen zum Staatswesen so direkt zu gestalten wie nur irgend möglich, und diese Aufgabe könne überhaupt nur die Presse lösen. Die Presse sei in der Lage, den großen Massen der Menschen die großen Dinge des öffentlichen Lebens wirklich nahe zu bringen und deshalb trage die Presse auch die schwere Verantwortung dafür, in welcher Weise diese Nahebringung der Dinge des öffentlichen Lebens erfolgt. Die Presse müsse ihre Leser immer wieder vor die Tatsachen stellen, wie sie sind. Dann werde erreicht, daß jeder ungeachtet seines Standpunktes auch in der Lage sei, dem Standpunkt des andern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; dann werde erreicht, daß man im politischen Gegner nicht den Feind, sondern den Volksgenossen sehe, der von einem anderen Gesichtspunkte aus an dieselben Dinge herangehe. Wenn man z. B. von Wirtschaft und Sozialpolitik sprechen höre, so erscheine es manchmal so, als wäre die Wirtschaft der Standpunkt der Arbeitgeber und die Sozialpolitik der der Arbeitnehmer. Das sei aber ein Unding: Wirtschaft sei nicht möglich ohne die lebendigen Kräfte der Arbeiter, die man nicht auspumpen dürfe bis zum letzten. Der Kanzler hoffte, daß er in immer steigendem Maße die Möglichkeit haben werde, mit der Presse zusammen an dem Ziele zu arbeiten, das Trennende zu überwinden und das Einigende, ungeachtet der selbstverständlichen politischen Verschiedenheiten, zu betonen. Dr. Luther endete unter lebhaftem Beifall mit einem Hoch auf die Presse.

Die Finanzlage.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Sicht?

Die Ausschüsse und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben in diesen Tagen in Berlin getagt. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Finanzlage der Gesellschaft und die Sicherstellung der Reparationszahlungen. Es wurde angekündigt, daß bei etwa nicht zu umgehenden Erhöhungen der Ausgaben der Gesellschaft auch eine Steigerung der Einnahmen erfolgen müßte, und zwar durch Erhöhung der Personentarife und unter Umständen durch Steigerung der Tarife für die Zeitkarten. Auch über die Frage der Kreditgewährung durch die Reichsbahngesellschaft wurde beraten. Kredite sollen nur an anerkannte, angesehene Banken gegeben werden.

Die parlamentarischen Varmat-Ausschüsse

Berlin, 24. Januar.

Im Verlauf der Verhandlungen des vom Reichstage eingesetzten Varmat-Ausschusses wurden der Vorsitzende und der Schriftführer des Ausschusses ermächtigt, ständig beim Staatsanwalt Informationen über den Fortgang des Verfahrens gegen Varmat und Kautler einzuholen. Die von der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten gestellten Anträge wurden dann zusammengefaßt: die Reichsregierung soll Auskunft geben über die von den Reichsstellen an die Varmats, Kautler und Michael gewährten Kredite, über die Art und Höhe der Kredite, über die vereinbarten Bedingungen und über die Sicherheit für die Kredite.

Inzwischen hat auch der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der die von der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) gewährten Kredite nachprüfen soll, mit seiner Arbeit begonnen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) gewählt. Ministerialrat v. Schenk vom preussischen Finanzministerium gab Auskunft über Einzelheiten der von der Staatsbank mit Varmat und Kautler getätigten Geschäfte. Über den Fall Michael wurde Auskunft nicht gegeben, da hier das Bankgeheimnis gewahrt werden muß.

Leidtragend durch Varmat und Kautler.

Von den schwebenden „Affären“ ist allerhand Neues zu berichten. So wird gemeldet, daß zu denen, welche durch den Varmat-Konzern um ein schönes Stück Geld kommen,

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

5) (Nachdruck verboten.)

Auf einmal blieb sie stehen und suchte erschrocken in ihrem großen Muff herum. Gestalt überließ es sie — das kleine, darin verborgene geistige Paletchen war nicht mehr da. Gifelas Spitzenträger, zu dem sie eine möglichst ähnliche Spitze hatte besorgen wollen! Unwillkürlich drängten sich Tränen in ihre Augen. Welcher Leichtsinn, welche Unzuverlässigkeit von ihr, nachdem sie sich selbst erboten, Gifela, die so tief in der Arbeit steckte, diese Besorgung abzunehmen!

Langsam und gedrückt lehnte sie um, suchend den Blick auf den Boden gehend. Aber in dem tiefen Schnee war das kleine, in Seidenpapier gehüllte Paletchen sicher nicht wiederzufinden.

„Haben gnädiges Fräulein etwas verloren?“ Sie blickte erschrocken ob dieser unvermuteten Anrede auf. Es war der Einjährige von vorn, der vor ihr stand.

„Darf ich mitsuchen helfen? Oder ist dieses vielleicht der in Verlust geratene Gegenstand?“ Dabei hielt er ihr ein kleines, flaches Paletchen entgegen.

Freudig griff sie danach. „Ja, ja — vielen Dank! Mir ist ein Stein vom Herzen, daß ich es wieder habe. Wo haben Sie es denn gefunden?“

„Gleich da, wo ich Gnädige zuerst gesehen habe,“ antwortete er lächelnd. „Gnädige gingen aber so schnell, daß ich kaum folgen konnte.“

„Nochmals danke ich Ihnen. Der Verlust wäre mir sehr unangenehm gewesen.“

Er konnte doch nun gehen — sie hatte sich doch genügend bedankt! Aber nein, er blieb neben ihr stehen. Gestatten Gnädige, daß ich Sie begleite?“

Beanspruchte er diesen Vorzug etwa als Fingersohn? Nun, ungezogen dürfte sie jetzt nicht sein, wenn sie auch sein Verlangen als Recht zu empfinden glaubte. Deshalb neigte sie sehr zurückhaltend den Kopf, was er aber gar nicht zu bemerken schien. Sehr vergnügt blieb er an ihrer Seite, nachdem er sich kurz vorgestellt: „Kiehlina!“

auch der Bischof von Meissen gehören soll; es heißt, daß er 85 000 Mark verliert. Weiter ist zu verzeichnen, daß über die Bank E. v. Stein, unter deren Decknamen sich Kautler die Kredite von der Staatsbank verschaffte, der Konkurs verhängt worden ist. Drittens und letztes wird mitgeteilt, daß in der Kaffee- und Kreditaffäre eine für die Brüder Kautler günstige Wendung eingetreten zu sein scheint: sie sind beide aus der Haft entlassen worden. Über die vom Landesrat Dr. Poppe eingereichte Haftbeschwerde ist noch nicht entschieden worden.

Der „Oberland“-Prozeß in München.

München, 23. Januar.

Vor dem Schwurgericht München I begann die Verhandlung gegen die unter der Beschuldigung der Fortführung des aufgelösten Bundes Oberland stehenden Vorstandsmitglieder des Deutschen Schützen- und Wandverbundes Mehding, Dr. Alzheim und Generalmajor a. D. Mecher sowie gegen den seinerzeit im Hitlerprozeß wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilten Tierarzt Dr. Weber.

Angeklagter Dr. Mehding befandete u. a., der Deutsche Schützen- und Wandbund verfolgte ähnliche Tendenzen wie der Bund Oberland. Der Bund Oberland sei dem Schützen- und Wandbund nicht beigetreten, sondern nur Teile des Bundes. General Mecher sei nie Mitglied der neuen Bundesleitung gewesen. General Mecher erklärt hierzu, daß er Gründungsmitglied des neuen Bundes war, aber kein Amt in der Leitung, sondern nur das militärische Referat gehabt habe. Der Angeklagte Mehding bestritt in der weiteren Vernehmung, daß er sich mit seiner Tätigkeit eines Vergehens im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe.

Zum Schluß der Vormittagsverhandlung kam noch eine offizielle Kundgebung des Bundes zur Verteilung, die an Dr. Weber schon während seiner Landsberger Haft als an den „Führer des Bundes Oberland“ gerichtet wurde. Auch hierzu erklärte der Angeklagte, daß Dr. Weber als geistiger Führer angesprochen werden sollte. Die gleiche Kundgebung wurde, wie der Vorsitzende feststellte, auch an Hitler und Kriebel gerichtet.

München, 24. Januar.

Die Vernehmung des Angeklagten Mehding wurde beendet, der hervorhob, innerpolitisch habe sich die Organisation nicht mehr betätigt. Darauf wurde in die Vernehmung des Angeklagten Dr. Alzheim eingetreten, der u. a. erklärte, daß der Schützen- und Wandbund Dekonstruktion mehrerer Verbände gewesen sei. Der Angeklagte General a. D. Mecher bezeugte, daß er früher Leiter des alten Bundes „Oberland“ gewesen sei. Die Vernehmung der Angeklagten wurde mit dem Verhör des Angeklagten Dr. Weber beendet, der u. a. erklärte, daß der Schützen- und Wandbund schon im Frühsommer 1923 als Zusammenfassung der großdeutschen eingestellten Verbände gegründet worden sei. Nach der Auflösung des Bundes Oberland habe sich nur ein Bruchteil der Mitglieder dem Bunde angeschlossen. Generalmajor a. D. Hausdörfer wurde als Mitglied des Deutschen Schützenbundes unbedeutend vernommen. Nach seiner Überzeugung habe es sich bei Schützenbund und Oberland um verschiedene Organisationen gehandelt. Er halte das Verbot von Oberland für einen großen Fehler und habe sich deshalb an den Ministerpräsidenten und den Reichswehrkommandanten gewandt. Er glaube, daß die Aufhebung des Verbotes bald erfolgen wird. General Lubendorf erklärte, er sei nie Mitglied von Oberland oder Schützenbund gewesen. Er habe die beiden Angeklagten Alzheim und Mehding nur als Vertreter des Schützenbundes kennen gelernt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nach seiner Ansicht Oberland tot sei oder noch lebe, antwortete Lubendorf: „Die Organisation ist tot, ihre Mitglieder leben natürlich weiter.“ Damit wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Die Verhandlung wird in geheimer Sitzung weitergeführt, der die Plaidoyers und das Urteil in öffentlicher Sitzung folgen werden.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 27. Januar 1925.

□ Sauberhalten der Eisenbahnwaggons. Obwohl die Eisenbahnverwaltung dauernd dafür sorgt, die Waggons und Gänge sowie die Aborte in den Personenzügen in sauberem Zustande zu erhalten, bleiben diese Bemühungen ohne Erfolg, da das reisende Publikum nicht von sich aus die Vorschriften der Eisenbahnverwaltung unterstützt. Ein großer Teil der Reisenden trägt zur Verunreinigung der Personenzuginnenräume bei. Achtlos werden Zigarettenstummel, Asche, Papier, Obst, Speisereste u. a. m. auf den Boden der Abteile, unter die Bänke, auf die Sitze und Polster geworfen. Die Fahrgäste treten auf die Sitze oder beschmutzen die Polsterung durch ihr Schuhwerk. Infolgedessen sehen die Abteile häufig nicht nur unordentlich aus, sondern es wird auch die Innenausstattung beschädigt. Die Eisenbahnverwaltung richtet daher an das reisende Publikum die dringende Bitte, selbst auf die Sauberhaltung der Personenzüge zu achten und

erzieherisch auf lässige Mitreisende einzuwirken. Sie hat ihr Personal angewiesen, von Reisenden, die sich Verfehlungen gegen die Sauberhaltung der Personenzüge zuschulden kommen lassen, künftig die tariflichen Reinigungsgebühren zu erheben, soweit nicht etwa die höheren Beschädigungsgebühren einzuziehen sind.

□ Stellennachweis für akademisch gebildete Landwirte. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, unterhält der Reichsbund akademisch gebildeter Landwirte e. V., Berlin SW. 11, Hafenplatz 5, einen Stellennachweis für akademisch gebildete Landwirte, also Landwirte mit mehrjähriger landwirtschaftlicher Praxis und abgeschlossener Hochschule, zum Teil besonderer Fachausbildung auf dem Gebiete der Tierzucht, Pflanzenzucht, des Genossenschaftswesens und der Verwaltungskunde. Es können daher jederzeit Landwirte für Stellen als Guttsbeamte, Landwirtschaftslehrer, Tierzucht- und Pflanzenbaubeamte, für Stellen in der Verwaltung usw. namhaft gemacht werden.

— * **Bevorstehender Aufruf der Billionen-Marknoten.** Wie es heißt, steht der Aufruf des alten, noch im Umlauf befindlichen Papiergeldes, das vor dem 11. Oktober v. Js., als dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Münzgesetzes, ausgegeben worden ist, in kurzem bevor. Voraussichtlich wird der Aufruf Ende Januar oder Anfang Februar erfolgen. Ueber die Frist, innerhalb deren der Umtausch gegen Reichsmark zu erfolgen hat, ist Näheres noch nicht bestimmt. Es ist jedoch daran zu erinnern, daß nach dem Münzgesetz die alten Billionenscheine noch drei Monate nach erfolgtem Aufruf ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel behalten müssen.

— * An Stelle des an die Regierung in Gumbinnen verlegten Herrn Regierung-Assessors Brancaglio ist zur Hilfestellung dem Landrat in Altna Herr Regierungs-Assessor Herpell aus St. Goarshausen überwiesen. Herr Regierungs-Assessor Herpel hat die Befugnis, den Landrat bei kürzerer Behinderung — mit Ausnahme des Vorfiges im Kreistage — zu vertreten.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Arnberg.

Eine Sitzung des Vorstandes der Handwerkskammer zu Arnberg fand am 21. Januar 1925 in Gredenbrück statt, nachdem ihr eine allgemeine Handwerker-Versammlung vorausgegangen war. In der Vorstandssitzung erstattete der Geschäftsführer zunächst einen Bericht über die in den letzten Wochen erledigten Arbeiten: Einschränkung in der Abhaltung von Räß- und Zuschneidkursen, Ermittlungen über die Ueberspannung der Lehrlingshaltung in einzelnen Handwerkzweigen, Neuordnung des Umlageverfahrens, Schlichtung der Streitfälle über die Heranziehung einzelner Betriebe zur Handwerks- und Handelskammer im Einvernehmen mit den letzteren, Änderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft u. die Hauszinssteuer. Zu Punkt 2 der Tagesordnung werden die Wünsche der Kammer in Bezug auf die zu erwartende Reichshandwerksordnung erörtert. Vier Anträge auf Erlass bzw. Ermäßigung der Meisterprüfungsgebühr werden genehmigt.

Von sieben Anträgen auf Zulassung zur Meisterbezug. Gesellenprüfung müssen vier abgelehnt werden.

Drei Anträge auf Verleihung von Ehrenurkunden wird entprochen.

Für die Feier des 25jährigen Bestehens der Kammer wird eine Vollerversammlung, eine Festigung mit Ehrung der Jubilare unter Teilnahme der Behörden, Uebergabe des neuen Amtsgebäudes und Herausgabe einer Festschrift in Aussicht genommen.

Um den andauernden Klagen über Nichtzustellung des Westf. Handwerkerblattes zu begegnen, sollen die Innungen aufgefordert werden, ein Verzeichnis ihrer Mitglieder einzureichen, damit die Aufgabe beim Postzeitungsamt neu erfolgen kann.

□ **Salver, 26. Jan.** Leider war es nicht möglich, die totale Sonnenfinsternis am Samstag zu beobachten. Für unsere Gegend war es nur eine teilweise und erstreckte sich auf etwa 1/4 des Sonnenkörpers. Nebliches Wetter und Wolken, die den Himmel bedeckten,

mit dem vorwärtigen Stumpfnäschchen in dem allerliebsten Gamsingefächchen? Herrgott, wenn er nur wüßte, wo sie wohnte! Annelies hieß sie — das war das einzige, was er von ihr erfahren hatte. Sonst war sie geschickt allen seinen Fragen ausgewichen. Er nahm sich vor, auf sie zu warten, ihr nachzugehen. Er lief also vor dem Geschäft auf und ab — und im entscheidenden Augenblick, als sie aus dem Laden trat, mußte er vor seinem Vorgesetzten Front machen, wurde dadurch aufgehalten — und in dieser kurzen Minute war sie seinen Blicken im Gewühl der Straße entchwunden.

Der große Gesellschaftssaal der Baronin Guttenberg war der Zummelpfad einer fröhlichen, ausgelassenen Menge. Er war mit Tannengirlanden geschmückt, aus denen farbige Glühbirnen aufleuchteten. Hinter großen Tannen spielte ein Orchester lustige Weisen.

Größtenteils kannten sich die Geladenen. Man wußte, man war unter sich, und das gab eine angenehme Sicherheit, daß man sich, ohne Gefahr zu laufen, an die falsche Adresse zu kommen, auch einmal gehen lassen konnte. Zierliche Kokodamen scherzten mit Minnefängern; stolz einhererschreitende Edelfrauen hatten Mäße, sich der Redereien moderner Pierrots und Pierretten zu erwehren — ein lustiges Leben und Treiben herrschte überall.

Ein schlanker Pierrot in schwarzer Seite mit Zila Kefekt verfolgte hartnäckig eine in eine schwere weinrote Samtrobe gekleidete Renaissance-dame, deren kostliches goldbraunes Haar in biden Locken auf den marktorweissen Hals fiel. Wie ein Bild von einem alten Meister mutete diese heuboldsvolle, königliche Erscheinung an. Die schwarze Halbmaske ließ ein sanft gerundetes Kinn und einen entzückenden Mund frei.

Der Pierrot hatte endlich seinen Arm unter den ihren geschoben. „Donna Gisela —“ stürmisch drückte er ihre Hand. „Endlich kann ich Euch sagen, wie sehr ich einen Augenblick ersehnt habe —“

„Nein, nein — nicht hier, nicht heute!“ unterbrach sie ihn hastig, sich schon umblühend.

Fortsetzung folgt

mein Brief, wie er hier veröffentlicht wurde, wenig von diesem Geist — aber es hat mir nie im Sinn gelegen eine Schmähchrift in die Öffentlichkeit zu bringen.
Das ich selbst von dem oben gekennzeichneten Geist noch weit entfernt bin, weiß ich — aber den Weg zu kennen heißt noch nicht sein Ende erreichen.
Wenn der Anonymus glaubt, das ausführen zu müssen, was er in seinem Schlussatz sagt, d. h. einen Schwertriebsbeschädigten und seine Familie brotlos zu machen, dann muß er tun, was sein Gewissen ihm sagt.
Karl Heinrich Rittinghaus.

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, den 27. Jan.

Gerätewettkampf der Turnvereine Kierspe, Halver und Rodtmüllensbach.

Das am vergangenen Sonntag in Kierspe stattgefundene Treffen obiger Vereine endete mit folgendem Ergebnis:

1. Preis: Ver. Turn- & Sportverein e. V. Halver mit 684 Punkten.
 2. Preis: Turn- Verein Rodtmüllensbach mit 643 Punkten.
 3. Preis: Turn- Verein Kierspe mit 567 Punkten.
- Das Handballspiel gewann „Jahn“ Lüdenscheid mit 2:0 gegen die Mannschaft des Ver. Turn- & Sportvereins Halver. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Kleine Nachrichten.

Zur preussischen Regierungsrats.

Berlin, 25. Januar. Die Fraktionen des Preussischen Landtages werden erst am Donnerstag im Landtage zu Beratungen über die Ministerpräsidentenwahl zusammentreten. Bisher sind Sitzungen von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, dem Zentrum und der Wirtschaftspartei für diesen Tag angesetzt worden. Die Sozialdemokraten haben erst zum Freitag eine Fraktionsitzung anberaumt.

Untersuchung über die Preussischen Staatsbankrott.
Berlin, 25. Januar. Als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages stellte der Vorsitzende fest, daß bereits im Januar 1924 die Geschäftsverbindung mit der Staatsbank dazu geführt hat, daß die Staatsbank sich in einer Verbindung befand, in der sie die regelmäßige Deckung nicht mehr gehabt hat, wenn sie sie überhaupt jemals vorher gehabt hat. Mitteilungen über

die Verschlechterung dieser Verbindung sind damals der Generaldirektion nicht gemacht worden.

Schwerer Straßenbahnunfall.

Berlin, 25. Januar. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich in der Grunewald-Ecke Hauptstraße. Hier fuhr ein Straßenbahnwagen auf einen haltenden Straßenbahnzug. Bei dem Zusammenstoß wurden insgesamt 30 Personen verletzt, darunter sechs schwer. Der Führer gab an, daß die Bremsen versagt hätten.

Revision gegen das Urteil über Dels?

Breslau, 25. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet, daß der preussische Staat gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Breslau über das Eigentumsrecht des Kronprinzen an dem Lehen Dels Revision beim Reichsgericht einzulegen beabsichtigt.

Freispruch im Oberlandprozeß.

München, 25. Januar. Nachdem in der Schlussitzung des Oberlandprozesses die beiden Verteidiger Freisprechung für sämtliche Angeklagten beantragt hatten, erging folgendes Urteil: Die Angeklagten Dr. Meyding, Alzheimer, General Richter und Dr. Weber werden von der Anklage, sich durch Fortführung einer verbotenen Organisation gegen die Verordnung des Generalstaatskommissars vom 9. November 1923 verstanden zu haben, unter Überbürdung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Schwerer Unglücksfall auf einer Staatswerft.

Emden, 25. Januar. Hier ereignete sich auf der Staatswerft ein bedauerlicher Unglücksfall. Bei Benutzung der neuen Längshelling stürzte aus noch nicht völlig geträgter Ursache einer der losnehmbaren Seitenwagen nach innen um, wobei von den mit dem Löffel der Wagenteile beschäftigten Arbeitern einer sofort getötet wurde; ein zweiter starb nach Einlieferung in das Krankenhaus und ein dritter erlitt einen Beinbruch.

Strafverhöhung für den Attentäter gegen Seipel.

Wien, 25. Januar. Der oberste Gerichtshof hat die Strafe gegen Karl Janeschek, den Attentäter auf den ehemaligen Bundeskanzler Seipel, auf Verurteilung der Staatsanwaltschaft von dreieinhalb auf fünf Jahre Kerker erhöht.

Ein verlorenes Schiff.

Düsseldorf, 25. Januar. „Astenposten“ meldet aus Floedingen (Dänemark), der Führer des deutschen Dampfers „Wilhelm Kunkmann“ habe mitgeteilt, daß sein Dampfer, der am Sonntag in der Nähe des deutschen Dampfers „Amerika“ war, von diesem drahllos um Hilfe ersucht worden sei, da sein Steuergerät beschädigt sei. „Wilhelm Kunkmann“ konnte jedoch keine Hilfe leisten, und die „Amerika“, die von Marbit mit einer Erlaubnis auf dem Wege nach Amerika war, trieb auf die Schären. Später hörte man nichts mehr von dem Schiff. Es wird angenommen, daß es verloren ist.

Sunhaißen gestorben?

Vancouver, 25. Januar. Nach einer aus Peking hier eingetroffenen, bisher unbefätigten Nachricht ist Sunhaißen tot.

Der russisch-japanische Vertrag.

Moskau, 25. Januar. Den Abschluß des russisch-japanischen Vertrages nennt Tschitscherin in einem Interview in der „Iswestija“ nicht nur einen Ausgangspunkt freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und Japan, sondern auch einen wichtigen Wendepunkt in der gesamten fernöstlichen Politik sowie in der Politik der Gegenwart überhaupt.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 24. Januar. Ihr Gebräde erhielt die Börse diesmal durch die ausgesprochene Montanhauffe, die man namentlich auf Konzernkäufe des Rheinlandes zurückführte, daneben beobachtete man auch ausländische Käufe. Diese Vorgänge am Montanmarkt wirkten auch auf alle übrigen Märkte anregend, so daß fast auf allen Gebieten Kursgewinne zu verzeichnen waren. Inländische Renten unterlagen einigen Schwankungen, doch war die Gesamthaltung auch hier als fest anzuspüren. Die Verhältnisse auf dem Geldmarkt scheinen sich wieder im günstigen Sinne zu regeln, tägliches Geld wurde wieder mit 8—12%, Monatsgeld mit 9—12% angeboten.

* Die Berliner Devisenbörse vom 24. Januar nennt am 1.1. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,13—20,18; holl. Gulden 169,29—169,71; Danz. 79,90—80,10; franz. Franc 22,67—22,73; belg. 21,44—21,50; Schweiz. 80,98 bis 81,18; Italien 17,29—17,33; schwed. Krone 113,02 bis 113,30; dän. 75,01—75,9; norw. 64,19—64,35.

* Unveränderter Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 21. Januar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 14. Januar mit 138,9 unverändert. Gesunken sind die Preise für Gerste, Kartoffeln, Schmalz, Fleisch, Milch, Baumwolle, Zute und die meisten Nichteisenmetalle; höher lagen dagegen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Hopfen, Baumwollgarn, Aluminium und Gasöl. Von den Hauptgruppen blieben die Lebensmittel mit 138,3 (Vorwoche 138,1) nahezu unverändert, während die Industriestoffe von 140,3 auf 140,0 oder um 0,2% nachgaben.

* Unveränderter Lebenshaltungsindex. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 21. Januar, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts gegenüber der Vorwoche (124,0) ebenfalls unverändert geblieben.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver. i. Westf.

Suche ein ordentliches junges

Mädchen

für meinen Haushalt und Garten.

Frau Dr. Veisting, Kierspe.

Mehrere junge

Mädchen

für leichte Arbeit

gesucht.

Goseberg & Grashoff, Kierspe-Bhf.

Einige

Mädchen oder Frauen

für leichtere, dauernde Arbeit sofort gesucht.

Pühl & Koelle, Heesfeld.

Zu Ostern

Kaufmannslehrling

gesucht.

Solche mit höherer Schulbildung, möglichst mit Einjährig-Zeugnis bevorzugt.

Casp. Arn. Winkhaus, Carthausen.

3 Fallhammer-schmiede

sowie

einige Pressenarbeiter

gesucht.

Bohlmann & Sohn, Völkme.

Rapskuchen

Baumwollsaatmehl

Weizenkleie

Weizenholzmehl

Weizenmehl

Gerste

Gerstenmehl

Perlmais

Reform-Hafer

empfehlen

Otto Ohler,

Dhl-Rönsahl.



Wohl Dir, Du hast genug gelitten,
Nach langem Ringen fandest Du,
Nachdem du schmerzvoll hast gestritten,
Im Schoß der Erde sanfte Ruh.

Allen lieben Freunden und Bekannten gebe ich statt jeder besonderen Anzeige bekannt, dass am 25. Januar vorm. 10 Uhr nach langem, mit grosser Ruhe und Geduld ertragenem Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwiegerin und Tante

Ehefrau Hermann Höller

Helene geb. Benger

im Alter von 27 Jahren sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetrußt an mit der Bitte um stille Teilnahme

Hermann Höller.

Vormbaum, Breckerfeld, Carthausen und Berken, den 25. Januar 1925.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. Januar 12^{1/2} Uhr mittags vom Sterbehause aus statt.

Am Kierspe.

Der Jagdpachtverteilungsplan der Jagdgenossenschaft Kierspe für das Jagdjahr 1924 liegt vom 25. d. M. an 2 Wochen lang bei der Gemeindefass Kierspe zur Einsichtnahme durch die Jagdgenossen offen.

Einsprüche gegen den Verteilungsplan sind innerhalb weiterer 2 Wochen bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Boh, den 21. Januar 1925.

Der Jagdvorsteher Lange.

Lyzeum Lüdenscheid.

Für Ostern 1925 ist die Einrichtung der Obersekunda eines Oberlyzeums neuer Art geplant. Zur Aufnahme ist das Schlusszeugnis eines Lyzeums erforderlich. Um Anmeldungen — zunächst noch unverbindlich — wird gebeten. Auskünfte werden schriftlich oder mündlich gern erteilt. Sprechstunden täglich von 11—12 Uhr.

Frank, Studien Direktor.

6—8 legende

Sühner

zu kaufen gesucht.

Wo, zu erfrag in der Geschäft d. Allg. Anzeigers Halver.

In den nächsten Tagen

treffen ein prima

Speise-

Kartoffeln.

Bestellungen erbitten:

Bürger & Lausberg,

Halver, Tel. Nr. 326.

Wir machen unsere werte Kundschaft darauf aufmerksam, das unser

Inventur-Ausverkauf

begonnen hat. Trotz der konkurrenzlosen billigen Preise sind dieselben teilweise noch bedeutend ermäßigt.

Warenversorgung des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter (H. D.) G. m. b. H.

Hagen.

Geschäftsstelle: Kierspe-Bhf.
I. A. Carl Dösseler.

Reisekörbe

zu haben bei Wilh. Bell jr., Halver.

Einige Arbeiter

und

Arbeiterinnen

sofort gesucht.

Gebr. Dahlhaus,

Stephansohl b. Brügge.

Suche für sofort oder

in 14 Tagen einen

geübten

Paßer

bei hohem Akfordlohn.

Wilh. Zumberg,

Baubeschlagfabrik,

Carthausen Westf.

Empfehle:

Alpenheu i. Breßballen

Haferfütterstroh

Roggenstroh

Weizenstroh

Pferdehäufel

Gelbe Futtermöhren

Pferde-Melasse

Torf-Säen

Torf-Mull

C. Zimmermann,

Dhl-Rönsahl.

Schulle-Ennepe.

Am Sonntag, 1. Febr. nachm. 4^{1/2} Uhr

Sireich-Konzert.

Eintritt frei!

Nachfolgend

BALL.

Eintritt für Ball 1.—



Wir suchen

möblierte Zimmer

zum Teil mit voller Pension für drei Photographen und Laboranten.

Kettling & Krüger,

Kunststoff, Schalksmühle.

Bereinigte Turn- und Spielvereine e. V. Halver.

Am Sonntag, 1. Febr. nachm. 5 Uhr im Vereinslokal

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Aufnahme.
2. Jahresbericht.
3. Rassenbericht.
4. Turnratswahl.
5. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Berg. Märk. Milchproduzenten Verb. e. V. Ortsgruppe Schwenke.

Mittwoch, d. 28. d. M. nachm. 4 Uhr im Lokale

Schulle, Ennepe

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahres- u. Rassenbericht.
2. Vorstands- u. Kassensbericht.
3. Bau einer Kähl- u. Lage am Bahnhof Schwenke.

Wegen außerordentl. Wichtigkeit der Tagesordnung ist allseitiges Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.